

Die "Zeitung" erscheint morgens und nachmittags, Samstags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei einer Zahlung ins Haus für Ost- u. Westdeutschl. 10 M., im voraus zahlbar. Für Vorkauf nehmen sämtliche deutschen Vertriebsstellen entgegen. Unter Drucklegung stehen für Frankreich, Ungarn, Tschechien, Polen, Rumänien, Jugoslawien sowie die früheren deutschen Gebiete Polens u. Rußlands 10 M., in das übrige Ausland 27 M., per Brief bez. für Frankreich u. Ostdeutschl. 30 M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 50.

Die schlagendsten Nonparillien oder deren Nachahmer kosten 6.- M. einschließlich Postgebühren. Kleine Anzeigen: Das fertige Wort 2.- M., jedes weitere Wort 1,50 M. einschließlich Postgebühren. Große Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 2,75 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: Das fertige Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.- M. Preisrichter: Zentrum 152 30-152 39

# SOZIALDEMOKRATIE

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Poehners Zukunft gesichert

### Wird er befördert?

Sowohl die Form als auch der Inhalt der öffentlichen Kundgebung Poehners mit der Ankündigung seines Rücktritts werden in der Münchener Presse fast allgemein verurteilt. Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ schreiben:

„Die Art, in der Herr Poehner seinen Rücktritt öffentlich begründet, muß abgelehnt werden. Vor allem erscheint es uns außerordentlich bedenklich und tief bedauerlich, daß Herr Poehner sich dazu hinreißen ließ, mit der Begründung und vor allem mit der Veröffentlichung der Begründung seines Abschiedsgedankes die gute bayerische Beamtentradition aufs gründlichste zu verletzen. Mag Herr Poehner noch so sehr überzeugt davon sein, daß die Maßnahmen der jetzigen Regierung falsch sind, als er das Gesicht der Öffentlichkeit übergab, war er noch Polizeipräsident und Staatskommissar, und als Polizeipräsident und Staatskommissar hatte er die dienstliche Pflicht, die Staatsautorität zu wahren.“

Die „Bayerische Volksparteikorrespondenz“ äußert sich wie folgt:

„Der Erlaß des Polizeipräsidenten Poehner, in dem er seinen Rücktritt motiviert und der heute an den Anschlagtafeln der Stadt zu lesen war — es handelt sich wohlgerne nicht um den Text des Rücktrittsgedankes —, ist nach der Auffassung, die man bei uns zu Lande vom Beamtenstand hat, eine Disziplinwidrigkeit. Wenn die Staatsregierung der Auffassung ist, daß sie die Verantwortung für die demnächstige Aufhebung des Ausnahmezustandes tragen kann, so hat kein Staatsbeamter das Recht, in der Öffentlichkeit indirekt dagegen zu protestieren. Wir hätten Herrn Poehner einen besseren und würdigeren Abgang gewünscht.“

Auch die offiziöse „Bayerische Staatszeitung“ schreibt:

„Es kann nicht unangemerkt bleiben, daß die Form des Schrittes des Herrn Poehner etwas ungewöhnlich und keineswegs geeignet ist, die gegenwärtige Situation zu erleichtern. Auch die Ära Poehner war nicht ohne Fehlgriffe, insbesondere die Handhabung der Pfaffenjagd hat auch im bürgerlichen Lager eine nicht unberechtigte Kritik gefunden, aber das Positive, das der bisherige Polizeipräsident für die Staatsautorität geleistet hat, überwiegt trotzdem. Wie wir schon erfahren, ist der Polizeipräsident bereits seines Amtes enthoben worden. Die Amtsfähigkeit desselben hat Regierungsrat Rahmer übernommen.“

Trotzdem soll Poehner aber nicht ganz aus dem öffentlichen Dienst verschwinden. Auch jetzt noch glaubt man anscheinend auf die wertvolle Arbeitskraft dieses Mannes nicht verzichten zu können. In einer amtlichen Meldung, in der darauf hingewiesen wird, daß Poehner aus dem Justizdienst stammt und daß ihm der Rücktritt in diese Stellung offengehalten wurde, wird mitgeteilt, daß einem Gesuch von ihm um Wiederaufnahme in den Justizdienst voraussichtlich in Bälde stattgegeben wird.

Poehner, der Beschützer der Mörder Erzbergers, der Hüter der deutschnationalen Mörderzentrale, der vorläufige Beschützer von Gesetz und Recht, soll jetzt Organ zum Schutze des Rechtes werden! Wir müssen zugeben: Die Justiz kann ärger nicht bloßgestellt werden als durch diese Verwendung Poehners im Justizdienst.

## Ludendorffs Schiebergenossen

Ueber die Verschiebungen von deutschem Vermögen in die Schweiz, an der Ludendorff hervorragenden Anteil genommen hat, haben wir erst kürzlich an Hand der Schweizer Entüllungen berichtet. Die deutsche Presse, darunter auch der allgeröchelte Teil der demokratischen Presse, schweigt diese Vorgänge tot. Ob aus Freundschaft für Ludendorff oder aus Freundschaft mit jenen Kapitalisten, die täglich dieselben Verbrechen an den deutschen Finanzen begehen, ist in der Wirklichkeit völlig dasselbe. Ueber den Hauptschieber, Schmidt-Choné, den Vertrauten Ludendorffs, und seine Zentrale für Vermögensverschiebungen von Deutschland nach der Schweiz, berichtet jetzt die „Neue Züricher Zeitung“:

„Das Bild, das sich von der Cecil-A.G. ergab, deren geistiger Leiter Erich Schmidt-Choné war, entsprach dem, was man nach den Aufdeckungen im Nachlassstundungsverfahren der Zürcher Dependenten erwarten konnte: eine Wirtschaft und Schiebererei mit fremden Geldern, wie sie sich unverantwortlicher und gewissenloser kaum denken läßt. In der Hauptsache dürfte es sich dabei um Kapitalfluchtgelder aus Deutschland handeln; die Cecil-A.G. wurde schon während der Kriegszeit in der deutschen Presse wiederholt im Zusammenhang mit Kapitalverschiebungen genannt, und neuerdings wird auch der Name Ludendorff mit Schmidt-Choné und der Cecil in Zusammenhang gebracht.“

Das krasse Ueberhandnehmen des Schmuggels an der Schweizergrenze gab den deutschen Behörden Veranlassung, einen besonders routinierten und gewandten Beamten nach Konstanz zu delegieren, der dort auch mit großem Erfolg tätig ge-

wesen sein soll. Schmidt-Choné, der die Konstanzener Grenze häufig passierte, engagierte den Herrn in der Folge nach Zürich als seinen Privatsekretär mit dem Monatsgehalt von 3000, nach anderen Versionen 6000 Fr. Der teure Beamte traf in Zürich ein, es wurde ihm aber mitgeteilt, seine Dienste seien einstweilen nicht nötig; er könne sein Salär jenseits auf Monatsende einziehen und inzwischen sich die Schweiz etwas ansehen. Der Zweck der Uebung war also nur der gewesen, den gefährlichen Wächter an der Grenze wegzubringen. Wer sich solche Opfer leisten kann, der hat natürlich seine Gründe; Schmidt-Choné betrieb die Verschiebung deutschen Kapitals nach der Schweiz in ganz großem Stille.“

Wie sagte doch der deutschnationale Abg. Graf (Thüringen) im Reichstage?

„Das Vergehen der Steuerhinterziehung und der Kapitalflucht ist nach unserer Auffassung niemals ein politisches, sondern stets ein gemeines Delikt, und zwar ein solches, das die Ehre des betreffenden Angeklagten tangiert.“

Trotzdem spielt Ludendorff bei den Deutschnationalen die erste Geige. Theorie und Praxis!

## Höchst und Umgegend

Ueber die Bewegung in Höchst und Griesheim wird heute von verschiedenen Seiten gemeldet, daß die Tarifkommission der Belegschaften der Forderung der Arbeitgeber auf „Wiederherstellung des gesetzmäßigen Zustandes“ zugestimmt hätten. Dieser gesetzmäßige Zustand soll in der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag eintreten. Wenn dies geschieht, dann wird der Unternehmerverband die Verhandlungen mit den Gewerkschaften am Donnerstag nachmittag fortsetzen.

Wir verstehen diese Meldung nicht recht und vermögen nicht zu erkennen, welcher Art der „gesetzmäßige Zustand“ ist, um den es sich hier handelt. Nach unseren Informationen ist durch die Arbeiter kein ungesetzmäßiger Zustand herbeigeführt worden, der in einen gesetzmäßigen zu verwandeln wäre. Das könnte höchstens für die Unternehmer gelten.

Jedenfalls dauert die Aussperrung noch an. Das Unternehmertum läßt in seiner Rücksichtslosigkeit nicht locker. Die Scharmacher legen den Konflikt, den sie selbst vom Zaune gebrochen haben, mit jüher Ausdauer fort, während sie bei anderen Gelegenheiten heuchlerische Tränen über die Opfer von Oppau auspressen.

## Steigen und Fallen des Dollars

### Auch der Getreidepreis steigt

Gestern erreichte der Dollar an der Börse einen Stand von 132 Mark. Dieses Rekordniveau wurde zwar nicht gehalten, es schied vielmehr sehr starke Schwankungen ein, die vorübergehend den Dollar bis auf 125 1/2 herabdrückten. Schließlich aber hielt der Kurs doch wieder und erreichte 128 1/2, so daß der Stand vom Vortage wiederum überschritten wurde.

Die allgemeinen Folgen dieser fortgesetzten Entwertung der Mark haben wir gestern bereits dargelegt. Eine andere Wirkung aber ist jedenfalls von außerordentlich drückenden Folgen für die Masse der Bevölkerung. Es steigen vor allem dauernd und unaufhaltsam die Preise für Getreide. Sie erreichten gestern mit 470 bis 476 M. für den Doppelzentner Weizen den höchsten Stand seit der Aufhebung der Zwangswirtschaft. Auch der Roggenpreis ist erheblich gestiegen, er beträgt jetzt 374 bis 378 M. für den Doppelzentner. Für Weizen also erhalten die Landwirte einen Preis, der ihnen an jeder Tonne Weizen einen Extraprofit von etwa 2500 M. gegenüber dem amtlich festgesetzten Preis von 2300 M. verschafft. Das ist aber beileibe kein Wucher, denn sonst würde ja selbstverständlich der Staatsanwalt sofort mit unnachlässlicher Strenge einschreiten.

Auch der Butterpreis ist gestiegen. Butter erster Qualität kostet 29,50 M. Da nach der von den Agrariern verlangten neuen Regelung der Milchpreise für Berlin dem Landwirt für den Liter Milch ein Zehntel dieses Butterpreises gezahlt werden muß, so muß bei Anhalten dieses Preises im Monat Oktober ein weiteres Steigen der Milchpreise die Folge sein. Daß dabei ungeachtet Menschen langsam dem Hungertode überliefert werden, kümmert die Rühmleier dieser Entwicklung anscheinend sehr wenig.

Heute ist der Stand des Dollars auf 128 gesunken.

## Ungarn räumt das Burgenland?

Bombay, 28. September.

Konter zufolge geht aus in London eingegangenen Nachrichten hervor, daß die ungarische Regierung wüßens ist, der Aufforderung der Alliierten zur Räumung des Burgenlandes nachzukommen. Sollte jedoch die ungarische Regierung irreguläre Banden im Lande zurücklassen, so würden die Alliierten darauf bestehen, daß Ungarn diese Banden, nötigenfalls mit Gewalt, vertreibt.

## Ein taktisches Manöver

Es war sicher zu erwarten, daß die rechtssozialistischen Führer auch diesmal wieder dasselbe Manöver versuchen werden, das sie jedesmal bei einer Regierungsbildung anwenden. Sie wollen probieren, einen Teil der Verantwortung für ihre Politik auf die Unabhängige Sozialdemokratie abzuwälzen, um es ihrer oppositionellen Haltung zuzuschreiben, wenn sie gezwungen seien, sich mit bürgerlichen Parteien zu verbinden. Neu ist nur die plumpe Art, in der diesmal der Versuch von vornherein angekündigt und offen als ein taktischer Schachzug gekennzeichnet wird. So veröffentlicht der rechtssozialistische „Braunschweiger Volksfreund“ einen parteioffiziösen Artikel, in dem zunächst der Deutschen Volkspartei gedroht wird, falls an ihrem Bestehen, Wirth zu stürzen, die Koalition scheitern sollte, dann könnte der Fendel nach links ausschlagen und ernsthaftige Versuche gemacht werden, die U. S. D. zur positiven Mitarbeit der Reichspolitik heranzuziehen. Dann fährt der Artikel fort:

Zu bemerken ist hierzu, daß die Sozialdemokratie nicht erst das Scheitern irgend welcher Verhandlungen mit der Volkspartei abwarten wird, um dann an die Unabhängigen zwecks Eintritts in die Regierung heranzutreten, sondern daß sie beabsichtigt, die Unabhängigen vor aller Öffentlichkeit im Reichstage vor die Frage zu stellen, ob sie bereit sind, eventuell in eine Regierung einzutreten. Der Göttinger Beschluß spricht beinahe weber von einer Erweiterung nach rechts, noch nach links, weshalb es für uns selbstverständlich erscheint, daß, falls die Erweiterung der Regierung im Vordergrund der Beratungen steht, wir zunächst an die Unabhängigen als die uns nächsten stehen herantritt. Schon aus taktischen Gründen ist eine entsprechende Frage an die Unabhängigen notwendig, denn solange die U. S. D. den Eintritt in eine Regierung ablehnt und lediglich mit Verleumdungen und Zeitungsartikeln die politische Lage zu meistern denkt, solange ist sie nicht berechtigt, an einem Beschluß der Sozialdemokratischen Partei Kritik zu üben, der ihr vielleicht mehr Vorteile bieten kann, als den von uns rechtsstehenden Parteien. In den kommenden Tagen wird sich also zeigen, ob die Unabhängigen es mit dem Schutze der Republik tatsächlich ernst meinen, oder ob sie ihre unflätliche Kritik gegen die Sozialdemokratie lediglich anwenden, um aus ihr gewisse Vorteile in Bezug auf die Mitgliederzahl zu ziehen.

Wir sehen einer solchen Erwartung mit größter Gelassenheit entgegen. Wie stehen denn die Dinge? Die Unabhängige Sozialdemokratie hat der Regierung Wirth für ihre Politik der Erfüllung keinerlei Schwierigkeiten bereitet. Sie war bereit und hat es durch ihr praktisches Verhalten bewiesen, alles zu unterstützen, was diese Regierung zur Durchführung ihres außenpolitischen Programms und zur Führung einer wirklich demokratischen, die Republik sichernden und die Reaktion bekämpfenden Politik ausführen wollte. Damit war diese Regierung gesichert, solange sie ein solches Programm ausführte.

Die Stellung der Rechtssozialisten in einer solchen Regierung war gerade dadurch besonders stark, daß sie sich auf diese Haltung der Unabhängigen Sozialdemokratie stützen konnten, während die Rechtspartei in Opposition stand. Denn das mußte auch die demokratischen und Zentrumsmänner zwingen, auf die Forderungen der Arbeiterschaft gebührende Rücksicht zu nehmen, wenn sie nicht die Existenz der Regierung gefährden wollten.

Ohne jede Not und ohne jeden Zwang haben die Rechtssozialisten in Götting diese Stellung preisgegeben und helfen jetzt eine Regierung bilden, die unabhängig ist von den Stimmen der Unabhängigen Sozialdemokratie, aber angewiesen auf die der Deutschen Volkspartei. So haben sie ohne jede politische Notwendigkeit die Linkspolitik Wirths unmöglich gemacht und den Beginn der Rechtspolitik Stresemanns eingeleitet. Es ist einfach Schwindel, wenn gesagt wird, daß eine solche Unterstützung durch unsere Partei nicht ausreichend war. Dann wäre auch eine reinsozialistische Regierung in Sachsen nicht möglich, weil die Kommunisten keine Minister stellen wollen.

Daß die Rechtssozialisten selbst keinen Moment an den Vorwand, den sie jetzt vorbringen, glauben, beweist die einfache Tatsache, daß sie ihren Göttinger Beschluß mit Beden begleitet haben, die die schroffsten Angriffe gegen die Unabhängige Sozialdemokratie brachten, während sie um die Liebe der Deutschen Volkspartei gerabegut warben. Aber wozu darüber noch viel Worte verlieren, nachdem der „Volksfreund“ selbst ja die bevorstehende Anpassung als rein taktisches Manöver enthüllt hat?

Denselben Zweck verfolgt auch, wenn auch nicht in so plumper Weise, ein Artikel des „Vorwärts“. Er nimmt als Vorwand den Antrag unserer Fraktion auf Aufhebung der Verordnung des Reichspräsidenten. Da auch die Deutschnationalen einen solchen Antrag stellen, so würde die Regierung Wirth unter Umständen durch die Stimmen der Rechts- und Linksoption gestützt werden. Der „Vorwärts“ weiß natürlich, daß die Unabhängige Sozialdemokratie, was sie gleichfalls wiederholt erklärt hat, nicht daran denkt, sich zum Vorspann deutscher nationaler Ministerstürzerei machen zu lassen. Er vergißt aber absichtlich, daß die Situation grundlegend geändert worden ist gerade durch den Göttinger Beschluß.

Wir haben nie einen Zweifel daran gelassen, daß wir die Ausnahmerechtsordnung höchstens als einen ungenügenden Vorbehalt bis zur schließlichen gesetzlichen Regelung ansehen. Jetzt aber haben wir damit zu rechnen, daß eine Regierung kommt, in der die Deutsche Volkspartei vertreten ist, die unaufhörlich in ihrer Presse und in den Besprechungen der Regierung die Anwendung dieser Verordnung gegen links gefordert hat. Dazu kommt, daß die Verordnung in ihrer gegenwärtigen Form abgedruckt von der Regierung selbst nach der Vereinbarung mit Bayern aufgehoben werden muß. Diese Vereinbarung hat zur Folge, daß die Ausführung wesentlich von den Landesbehörden und von dem reaktionären Reichsrat abhängt. Damit ist sie aber, abgesehen von allen anderen Bedenken, zu einem Kampf gegen rechts und unbrauchbar geworden. Nicht durch Ausnahmerechtsordnung, sondern durch eine gründliche Justizreform, durch Reinigung der Verwaltung und durch die Schaffung der dazu notwendigen gesetzlichen Möglichkeiten, wie sie der Antrag unserer Fraktion verlangt, kann der Kampf gegen die Reaktion geführt werden, wenn er eben in einer Regierung der Deutschen Volkspartei überhaupt werden könnte. Unter diesen Umständen halten wir es für das einzig richtige, wenn die Regierung Wirth die Verordnung beseitigte und eine Gesetzesvorlage vorlegte.

Also auch mit diesem Vorwand ist es nichts. Es bleibt schon dabei, die Rechtssozialisten haben in Gültigkeit der Deutschen Volkspartei in den Sattel geholfen. Es wird ihnen nicht gelingen, der Arbeiterkassette weiszumachen, daß jemand anderer als sie, den Steigbügel gehalten hat.

## Nicht mal ein Lippenbekenntnis

Die erleuchteten Demokraten wollten hinter den Rechtssozialisten nicht zurückbleiben und sprachen in ihrer Fraktion den Wunsch aus, die Deutsche Volkspartei sollte vor ihrem Eintritt in die Regierung eine Erklärung über ihre Stellung zur Verfassung abgeben, die sie bekanntlich als monarchistische Partei abgelehnt hatte. Darauf antwortete die „Deutsche Allgemeine Zeitung“:

„Wir glauben, daß derartige Forderungen der beste Weg sind, die Reaktion unmöglich zu machen. Wie die Deutsche Volkspartei zur Verfassungsfrage steht, hat sie in der letzten Zeit genügend zum Ausdruck gebracht. Wünscht die neu zu bildende Regierung die Stellung des neuen Kabinetts in dieser Frage noch einmal auszusagen, so steht dem nichts entgegen. Die Deutsche Volkspartei will ihrerseits — darüber hat die Tagung der Reichstagsfraktion keinen Zweifel gelassen — jede Forderung, wie sie hier von demokratischer Seite aufgestellt wird, ohne Diskussion ablehnen. Wenn in der jetzigen Zeit des völligen Zusammenbruchs der deutschen Finanzen und der deutschen Valuta eine Partei wie die Deutsche Volkspartei sich im Interesse des Vaterlandes überhaupst bereit erklärt, an der Regierung teilzunehmen, so wird man ihr jedenfalls nicht zumuten können, diese Teilnahme durch irgendeine Bedingung zu erkaufen, die wie ein von anderer Seite aufgestelltes laubhaftes Joch zu betrachten ist. Wünscht man in demokratischen Kreisen dies zu tun, so möge man auf weitere Verhandlungen verzichten.“

Die Deutschen Volksparteier machen es den armen Rechtssozialisten wirklich nicht leicht. Sie beanspruchen in der Politik dieselbe Stellung wie in der Wirtschaft: Sie wollen Herr sein im Hause sein und vertreten diesen Standpunkt nicht immer größerer Offenheit. Aber die Rechtssozialisten werden sich trösten. Hat nicht Schiller gefehlt:

„Immer strebe zum Ganzen und konnt du selber kein Ganzes werden, als dienendes Glied schließ an ein Ganzes dich an.“

Die Rechtssozialisten haben mit ihrem Beschluß verhindert, daß sie ein Ganzes mit der gesamten Arbeiterkassette werden könnten. So bleibt ihnen nichts anderes übrig, als sich an ein anderes Ganzes, die Bourgeoisie, anzuschließen als — dienendes Glied.

Die deutsche Einfuhr nach England im Monat August weist eine Zunahme von fast 150 000 Pfund Sterling auf.

## Eugen Dühring

Obwohl Dühring schon am 2. September farb, ist die Nachricht von seinem Tode erst gestern in die Öffentlichkeit gedrungen. Er stand dem öffentlichen Leben in den letzten Jahren anscheinend so fern, daß selbst sein Ableben nicht die nötige Beachtung fand.

Für das sozialistische Proletariat ist der Name Eugen Dühring eng verknüpft mit jener Periode, in der es, in den Anfängen der praktischen Bewegung stehend, erst am Klartag in seinen theoretischen Grundauffassungen rang. Es war um die Mitte der 70er Jahre des vorigen Jahrhunderts, als Eugen Dühring, der als Privatdozent für Philosophie und Nationalökonomie an der Berliner Universität in eine scharfe Kampfstellung gegen das Professorenkollegium geraten war, sich der Sozialdemokratie zuwandte. Er kam aber zum Proletariat nicht, um als Soldat in Reich und Glied zu kämpfen, sondern mit dem Anspruch, die sozialistische Bewegung von Grund auf zu reformieren. Mit einer ungeheuren Annäherung und einem Selbstbewußtsein, das in seiner wissenschaftlichen Leistung nicht im entferntesten begründet war, wandte sich Dühring gegen alle Lehren und Bestrebungen des Sozialismus. Er tanzte ebenso sehr Owen und Fourier ab, wie Lassalle, Marx und Engels, deren wissenschaftliche Leistungen er in Grund und Boden verdonnerte. Statt der von ihm verworfenen Lehren des wissenschaftlichen Sozialismus bot er in seinen Aufsätzen und Schriften ein Gemisch von philosophischen und ökonomischen Lehren, das er als das einzig wahre grundlegende System der Welt- und Gesellschaftswissenschaften anpries.

In der jungen sozialdemokratischen Bewegung, die eben erst die Einigung zwischen Lassalleern und Eisenachern herbeigeführt hatte, bekämpfte das Austreten Dührings keine geringe Gefahr. Ein Teil der sozialistischen Presse begrüßte den Neubekehrten mit einer Wärme, die zwar nur dem guten Willen Dührings galt, die aber auch die Neigung darthät, die neue Universitätslehre unbeschadet mit in den Kauf zu nehmen. Unter diesen Umständen sah sich Friedrich Engels genötigt, in einer Reihe von Abhandlungen, die im damaligen Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei, dem „Volksstaat“, erschienen, die Lehren Eugen Dührings kritisch unter die Lupe zu nehmen. Diese Abhandlungen, die später unter dem Titel „Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft“ als Buch erschienen, sind heute noch das Beste, was zur Einführung in die philosophischen und ökonomischen Lehren des Marxismus geschrieben worden ist. Mit aller Gründlichkeit ging Engels den Lehren Dührings auf allen Gebieten der Wissenschaft nach; er enthüllte ihn als oberflächlichen Dilettanten sowohl auf dem Gebiete der Philosophie und der Naturwissenschaften, wie auf dem der politischen Ökonomie, und er verstand es bei dieser Gelegenheit meisterhaft, den Kern der marxisti-

## Ein Todesurteil

Vor einiger Zeit haben sich in Swinemünde Zusammenstöße zwischen Zivilisten und Reichsmarine und Reichsmarineangehörigen andererseits ereignet.

Am 6. März zollte sich eine Menge von etwa 150 Personen, die mit Knüppeln ausgerüstet war, zusammen, um die Marineangehörigen zu verprügeln. Als diese nachts gegen 12 Uhr zur Fähr kamen, um sich nach ihren Schiffen überlegen zu lassen, wurden sie von der Rote überfallen. Als die Fähr dann abfuhr, wurde noch eine Handgranate hinterher geworfen, durch die zwei Personen getötet und etwa fünfzehn verletzt wurden, meist Angehörige des Kreuzers „Berlin“. Als Haupttäter bei diesem Zusammenstoß mußten sich am Dienstag vor dem Schwurgericht in Stettin der Gelegenheitsarbeiter Kemold, der die Handgranate geworfen hatte, sowie der Hädergeselle Ross und der Schiffsheizer Koski verantworten. Das Schwurgericht verurteilte Kemold wegen schweren Landfriedensbruchs, Verbrechen gegen das Sprengstoffgesetz und verbotenen Waffensbesitzes zum Tode, lebenslänglichem Ehrverlust, 6 Monaten Gefängnis und 100 M. Geldstrafe, Ross wegen schweren Landfriedensbruchs zu 1 Jahr und 6 Monaten Zuchthaus und Koski zu 1 Jahr und 3 Monaten Zuchthaus.

Wir kennen das Ergebnis der Beweisaufnahme noch nicht und können deshalb auch nicht nachprüfen, ob die vorstehende Darstellung, die wir den Mitteilungen der bürgerlichen Presse entnehmen, in allen Teilen zutreffend ist. So verurteilenswert auch das Vergehen von Handgranaten und so bedauernswert die Folgen dieser Tat sind, ob ein Todesurteil gerechtfertigt war, wird man wohl mit Recht anzweifeln dürfen. Und wenn man sich die Tatsache vergegenwärtigt, daß der Räuber Marlosch für den Mord an dreißig Menschen mit einer ganz geringfügigen Strafe davonkam und daß in zahlreichen anderen Fällen, in denen Menschen von Räubern noch rechts gelehrt wurden, überhaupt keine Strafe verhängt wurde, so muß man in diesem Urteil, das einen Arbeiter betrifft, den Ausfluß von zweierlei „Gerechtigkeit“ erblicken.

## Die Ursachen des Oppauer Unglücks

Von einem Chemiker wird der „Frankfurter Zeitung“ geschrieben:

Der anläßlich der Explosionskatastrophe in Oppau viel genannte Stoff ist ein Gemisch von Ammoniumnitrat und Ammoniumsulphat. Letzteres wird durch Neutralisation von Ammoniak und Salpetersäure, letzteres durch Neutralisation von Ammoniak mit Schwefelsäure hergestellt. Ammoniumsulphat kommt als Sprengstoff sowohl rein als auch in Mischungen nicht in Betracht, dagegen Ammoniumnitrat. Dieses ist als solches nicht als Sprengstoff anzusprechen, erhält jedoch bekannten Charakter von außerordentlicher Stärke, wenn es mit organischen Stoffen wie Kohle, Sölgemehl, Dinitrobenzol, Di- und Trinitrophenol gemischt und zur Entzündung gebracht wird. In solchen Mischungen hat es seit längerer Zeit eine starke Verwendung als sogenannte Sicherheitsprengstoffe, hauptsächlich in der Bergwerksindustrie, gefunden. Das Gemisch von Ammoniumnitrat und Ammoniumsulphat hat sich wegen seines hohen Stickstoffgehaltes als Düngemittel sehr gut bewährt. In den Stickstoffwerken Oppau und Merzbürg wird der weitaus größte Teil des Bedarfs für die Landwirtschaft hergestellt.

Wie nun die folgenschwere Explosion zustande gekommen ist, darüber sind nur vorläufig Vermutungen im Umlauf. Um solche unangenehme Vorkommnisse zu vermeiden, muß es die Aufgabe der Industrie sein, die großen Lager einzuschränken, vielleicht in der Weise, daß fern von menschlichen Siedlungen einzelne kleine Lager errichtet werden, die mit einer Erdumwallung umgeben sind. In der Sprengstoffindustrie werden solche Vorkehrungen getroffen. Selbstverständlich sind solche Umänderungen mit einem großen Kostenaufwand verbunden, weil immer mit großen Vorräten gerechnet werden muß, da Düngemittel fast ausschließlich nur im Frühjahr und Herbst angefordert werden; es müssen dann immer große Vorräte vorhanden sein. Es ist aber zu hoffen, daß die Industrie auch diesen Schwierigkeiten begegnen wird, und es ist ihre Pflicht, alles daran zu setzen, um jegliche Gefahr auf ein Minimum herabzusetzen.

Auch diese Aussage eines Fachmannes widerspricht den Angaben der Oppauer Direktion. Sie zeigt, daß die Explosion die Fachkundigen durchaus nicht überrascht hat und

daß die Gefährlichkeit des massenhaft gelagerten Stoffes gar nicht zweifelhaft war, wie die Direktoren hartnäckig behaupten.

## Zu dumm!

Zwischen Ungarn und Oesterreich besteht bekanntlich seit einiger Zeit ein scharfer Konflikt wegen der Freigabe Westungarns, eines rein deutschen Gebietes, das nach dem Wortlaut des Trianoner Friedensvertrages Oesterreich zugesprochen ist. Entgegen diesen klaren Bestimmungen weigert sich Horthy-Ungarn, das Gebiet zu räumen. Der Konflikt hat zu blutigen Zusammenstößen im Grenzgebiet geführt und zu einem Ultimatum der Entente an Ungarn, das die Ausführung des Friedensvertrages fordert.

In dieser Situation hält es das „Berliner Tageblatt“ für angebracht, einen Bericht eines gewissen Th. Verles aus Budapest zu veröffentlichen, der nicht nur durch seine ungarntreuliche Tendenz auffällt, sondern auch eine perfide Stimmungsmache gegen Deutsch-Oesterreich bedeutet. Nachdem in ausführlicher Weise das wiedergegeben wird, was eine „maßgebende Persönlichkeit“ des ungarischen Auswärtigen Amtes ihm eingetrichtert hat, heißt es weiter:

Dabei ist zu bedenken, daß Oesterreichs Bestreben durch den erfolglosen Versuch, durch ungeschicktes Verhalten in besetzten Gebiete Westungarns, dem Vorantreiben seiner Forderungen, den Zugang von Kommunisten, die Abhebung der Gemeinderäte und Verfolgung der Geistlichen jetzt schon fast gelitten hat. Die westungarische Bevölkerung hat das Bedürfnis nach Ruhe und Ordnung. Wer sie ihm gibt, ist willkommen. Traglich bleibt freilich, ob der Besitz des Oedenburger Gebietes mit etwa 45 000 Bewohnern von im ganzen 350 000 den ungarischen Insurgenten genügt und ob nicht später der Versuch erfolgt, auch die übrigen Teile Westungarns, die mit Oedenburg wirtschaftlich und geographisch verbunden sind, nach sich zu ziehen. Westungarns Ziel bleibt die Autonomie zu sein.“

Man weiß nicht recht, ob man sich mehr über die Dummheit oder über die Perfidie des Berichters des „Berliner Tageblatts“ wundern soll. Dasselbe Blatt, das sonst nicht genug Worte finden kann, um den Anschluß Deutsch-Oesterreichs an Deutschland als notwendig darzustellen, läßt sich nun durch die durchsichtigen Lügen der Horthy-Regierung dazu verleiten, eine Darstellung über den westungarischen Konflikt zu geben, die den von der Entente zugefügten Anschluß dieses rein deutschen Gebietes an Oesterreich sabotieren soll. Und daselbe Blatt, das die Idee einer oberösterreichischen Autonomie verwirft, fällt nun auf die von den Horthy-Leuten inspierte Idee einer westungarischen Autonomie herein. So sieht die Politik aus, die das „Berliner Tageblatt“ macht! Um eine „Originalnachricht“ zu haben, gibt es kritillos den magyarisch-reaktionären Treibern eines Schmalz-Kaues, der sich keine Weisungen von den Horthy-Deuten geben läßt, was die „Deutsche Tageszeitung“ aus Liebe zu den ungarischen Weisheitskindern und aus Haß gegen das demokratische Oesterreich tut, macht das „Berliner Tageblatt“ aus Sensationslust. Und das behauptet dann, die Interessen der deutschen Nation seien zu vertreten!

## Arbeitslosendemonstration in London

London, 28. September.

Wie die Blätter melden, fand heute in Thoreby eine große Arbeitslosendemonstration statt. Die von 2000 Arbeitslosen besetzte Versammlung nahm nach Entgegennahme des Berichts über die Unterredung zwischen den Londoner Arbeiterführern und Lloyd George eine Entschlieung an, in der erklärt wird, daß die Arbeitslosen sich nicht länger mit leeren Versprechungen begnügen werden und vor nichts zurückweichen werden, um ihre Forderung nach Arbeit oder besser Unterstützung zu erzwingen. Zwischenfälle ereigneten sich nicht.

In Südwalles haben heute weitere Kohlenbergwerke die Arbeit eingestellt. Die Zahl der feiernden Bergarbeiter wird auf 80 000 geschätzt.

schen Lehren und die Methode der materialistischen Geschichtsauffassung in populärer Form der Arbeiterschaft zugänglich zu machen.

Es liegt eine gewisse Tragik darin, daß Dühring nicht durch seine eigene wissenschaftliche Leistung, sondern durch die vernehmliche Kritik, die Engels an ihm geübt hat, berühmt geworden ist. Die zahlreichen Schriften, die er geschrieben hat, modern in den Bibliotheken und haben nur geringen Gegenwärtigenwert. Aber die Schrift, die zur Überwindung seiner Irrlehren, zugleich aber auch zur Überwindung der theoretischen Krise der damaligen sozialistischen Bewegung geschrieben worden ist, nimmt heute nach den Ehrenplatz in der wissenschaftlichen Literatur des Sozialismus ein.

Dante-Vorlesung (durch Theodor Stiefenhofer). Des größten christlichen Dichters, der vor 600 Jahren gestorben ist, wird jetzt oft gedacht. Gerade benannte Dante eine Katze. Das ist keine glückliche Bezeichnung für den Mann, der weniger ein Dämon als ein ungeheurer Geist, Kunst- und Willensmensch gewesen ist. Für man aus seiner „göttlichen Komödie (weshalb ein Titel, welche Erwähnung eines Dichterverkes durch die kühnste Nachwelt!) lesen, so weiß man nicht, was man zuerst bewundern soll: seinen Geist, seine bildnerische Kraft, seine Phantasie, seine Frömmigkeit, seine Kunst —?

Sein Geist ist groß und modern, weil er keine hergebrachten Bilder und Attribute verwendet. Er schöpft immer aus dem Augenblick und sagt das, was er am allerbesten, am wahrsten empfindet. Daher ist sein Geist anderer Art als der leichteren, späteren Dichter seines Schloßes und seiner Nachfolge, wie Milton und Klopstock.

Seine Gestaltungsart beruht auf der Vision. Und seine Vision ist weniger übernatürlich als natürlich. Er sieht, was er spürt — wirklich. In seine Hölle, an sein Paradies, an sein Paradies glaubt jeder Mann, — Dante hat sie gesehen, wahrhaftig gesehen, und wir vergessen alle Zweifel und sehen mit ihm.

Und darum ist seine Phantasie die wesentlichste, die jemals ein Dichterverk hat. Daher war er auch der größte Anreger großer Künstler, der stärkste Befruchteter Michelangelo.

„Oh das Lamm Gottes hinwegnahm unsere Sünde“, — wenn Dante es ausspricht, glaubt man ihm jeden Laut. Er wußte sich um das Symbol. Ein Christentum war ein zufälliges. Er wußte, daß Hölle, Himmel und Jenseits nicht nach einem Schema wahr sind, nicht nach seinen eigenen künstlerisch gefaßten Plänen, sondern nach der absoluten unfaßbaren Wahrheit selbst, die das ganze Universum umfaßt. Bisher er doch wirklich, wie er sich ausdrückt, das Wie und Warum aller Herrlichkeiten!

Und seine Kunst! Sein Verantwortungsgefühl für jeden Vers, der bei ihm voll gefüllt und geformt ist wie bei keinem anderen Dichter, war unendlich ausgeprägt. Er war in solcher Zeit aus dem Geschlechte der hart-handwerklichen Künstler wie Donatello und Mantegna und aus dem Dichtum und der Schwerekraft Fra Angelicos, des Engels.

Stefan George ist der einzige groß-handwerkliche Künstler alten Schloßes, der ihn nachbilden kann. Stiefenhofer las aus den Georgischen Übertragungen mit schönem Material und tiefer Innigkeit und diktete Leidenschaft auch nach außen gebrauchen und nicht zuviel und verhalten für sich genießen sollen.

Arno Nabel

## Die Persönlichkeit

Sonne und Lichtfülle waren als tägliche Gattinnen schon seit Wochen über die Gebirgslandschaft gestreut. Fern, wie das erdumtote Wunderbare, das jeder Mensch sich in seine Zukunft baut, und nah wie das Gute, das man nicht greifen will, blauen die Berge. Rot, gelb und violett, alle Farben der Malpalette led nehmend, blühten die Blumen. Selbst der feile, gefährliche Pfad, diese Halletalstraße, die durch keine Vorkommnisse übertrafend schnell Menschen ins Jenseits befördern konnte, sproßte bunt auf. Ein wider Klammern wogte sich vor dem hölzernen Seilband am Kreuz. Den hatten Mitleid und kindlich verkommene Frömmigkeit einem Verunglückten als Gedächtnis gesetzt, gleichzeitig darauf spekulierend, daß fromme Gebete künftige Unfälle verhindern könnten. In all der Sommerfrömmigkeit verführten die Menschenlein das Verlangen, ewig zu leben. Die Sorgen und Nöte des Lebens waren so weit, daß sie kaum erkennbar waren, ebenso schwach wie ein graues Spinnwebgewebe, das sich irgendwo im Gebüsch spannte.

Und die Sommerfrömmen, erfolgungsbedürftige Städter, sogen sich voll Menschheitsbeglückungsgeworden. Sie feierten dankbar ihre Ferien. Sie gedachten der noch nicht abgelaufenen Zeit, wo die ungeschwemmte Prostitution und die wilde Ausnahmsstimmung ihnen nicht mal eine Spanne der Erlösung gönnten. Wie leicht, wie froh waren sie jetzt in den Tagen des Nichtstuns und des Wachstums zu neuen Kräften.

Plötzlich wurde die Ruhe durch Erregtheit aufgeschreckt. Horch, krächzend, monoton bewacht kam die Persönlichkeit in den stillen Kreis. O, es war ein ganzer Mann, der auf der Wäldchen erschien. Seine Vorjahre hatten mal Kaufleute toteschlagen und sie beranbt, darauf bildete er sich jetzt noch etwas ein. Dann rebete er. Trefflich in Postur und Geste, herablassend und beherrschend zugleich. Er sang ein Loblied zur Verherrlichung des Krieges und des persönlichen Mutes. Dabei hatte er sich selbst, so wahrhaftig wie ein Kaffeebaum, durch den Krieg gebracht. Sodann sprach er von der Rasse. Sie ist dumpf, urteilslos, keiner Erhebung fähig und in ihren Instinkten nur auf das Niedere gestellt. Aus Gründen der Selbstachtung ist man gezwungen, heis die nötige Distanz von der Rasse zu wahren.

Sie ist nur ein paar Tage — die Persönlichkeit. Sie deutet, sich selbst so wichtig wie ein Naturereignis, ein Erdbeben, eine

# Die Aufhebung der Sanktionen

Einladung deutscher Delegierter

Berlin, 28. September.

Dem deutschen Botschafter in Paris ist gestern die folgende Note überreicht worden:

Herr Botschafter! Die alliierten Regierungen haben Kenntnis genommen von der Erklärung, durch die die deutsche Regierung die durch den Beschluß des Obersten Rates vom 13. 8. 1921 aufgestellten Bedingungen ausdrücklich angenommen hat. Sie haben die Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen, die durch den Obersten Rat vom 7. 8. 1921 verhängt worden sind, beschlossen. Sie laden die deutsche Regierung ein, baldmöglichst ihre Delegierten zu bezeichnen, die zusammen mit den alliierten Sachverständigen die Bedingungen feststellen sollen, nach denen, entsprechend den Bestimmungen des Beschlusses vom August 1921, die Lizenz erteilt und ausgestellt werden sollen.

Im Namen des Obersten Rates habe ich die Ehre, Ew. Excellenz zu bitten, Vorstehendes zur Kenntnis ihrer Regierung zu bringen. Genehmigen Sie, Herr Botschafter, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung, gez. A. Briand.

## Vorlaut der französischen Note

CC. Paris, 28. September.

Amlich wird folgende Note veröffentlicht: Die Artikel 264 bis 267 des Versailler Vertrages verbieten es Deutschland, in formeller Weise, in seinen Handelsbeziehungen irgendwelchen Unterchied zum Nachteil eines der alliierten Staaten wahren zu lassen. Deutschland hat jedoch eine Liste der für die Ein- und Ausfuhr verbotenen Waren aufgestellt, und zwar dergestalt, daß die Interessen mehrerer alliierten Länder, besonders derjenigen Frankreichs, verletzt werden. Die französischen Kaufleute haben nicht aufgehört, darzulegen, daß Erzeugnisse in großer Zahl von den deutschen Märkten durch derartige Verbote ausgeschlossen sind, Erzeugnisse, deren Einfuhr aus anderen Ländern gestattet ist. Die Botschafterkonferenz hat bei der deutschen Regierung in dieser Hinsicht zweimal Schritte unternommen, die aber ohne Ergebnis blieben. Die Angelegenheit wurde endlich vor den Obersten Rat gebracht, der entschied, daß diesen Vertragsverletzungen ein Ende gemacht werden solle. Er knüpfte die Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen an gewisse Bedingungen.

Die Note wiederholt dann den Beschluß des Obersten Rates, der diese Bedingungen, die ja bekannt sind, betrifft. Die deutsche Regierung bemühte sich, diesen Beschluß unwirksam zu machen, indem sie dessen Bestimmungen anfechtete. In ihrer Note vom 28. August erklärte die deutsche Regierung, daß sie mit der Schaffung eines interalliierten Organismus zur Überwachung der Ein- und Ausfuhrerlaubnisse einverstanden sei, machte ihre Zustimmung jedoch von gewissen Vorbehalten abhängig, die der französischen Anschauung nach einer Ablehnung gleichkamen.

In den darauffolgenden Besprechungen legte Deutschland dann seine Ansicht genauer dar, und es betonte, daß die von dem interalliierten Organismus ausübende Kontrolle der Ausgabe von Erlaubnisheften durch die deutschen Behörden der Souveränität Deutschlands Abbruch täte und daß Feststellungen nach Ausgabe der Lizenzen als genügend erachtet werden müßten, um die Alliierten über deren Inhalt zu unterrichten. Die französische Regierung wandte sich gegen eine derartige Auslegung des Beschlusses vom 13. August, die dem Wortlaut der Bestimmungen zuwiderlaufen würde. Diese Bestimmungen forderten, daß der interalliierte Organismus mit den zuständigen deutschen Stellen bei der Prüfung der Ausfuhr von Ein- und Ausfuhrerlaubnissen mitwirken sollte, dergestalt, daß diese Zusammenarbeit vor Ausfuhr der Lizenzen erfolge. Die deutsche Auslegung läuft dem Geiste der Entschließung vom 13. August zuwider, weil diese den Zweck hat, dem Unterchied ein Ende zu machen, der von der deutschen Regierung zum Nachteil der Alliierten, besonders Frankreichs, gemacht wurde. Die deutsche Regierung suchte bei den Alliierten Frankreichs, insbesondere bei England, Unterstützung. Nachdem jedoch ein Gebotenaustausch stattgefunden hatte, erklärten die Engländer die französische Auffassung für berechtigt. Sobald die deutsche Regierung dieses Einverständnis feststellte, gab sie nach und nahm am 22. September die durch die Entschließung vom 13. August gestellten Bedingungen ausdrücklich an, ebenso wie sie sich mit der Auslegung einverstanden erklärte, die die Alliierten dieser Entschließung gegeben haben. Gleichzeitig stimmte Deutschland einer Zusammenkunft alliierten Sachverständiger mit deutschen Vertretern zu, die ebenfalls in der Entschließung vom 13. August in Aussicht genommen war. Diese Sachverständigen würden das Überwachungs Komitee einzurichten haben, damit für den Fall, daß ein Unterchied in der Erteilung

von Lizenzen festgestellt würde, die allierten Regierungen ein Mittel in der Hand haben, sich dagegen zu wenden.

Die Aufhebung der wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen wurde der deutschen Regierung am 23. September mitgeteilt.

Diese Begleitmitteilung zur nun endlich erfolgten Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen ist wohl in der Hauptsache für die französische Kammer bestimmt. Eine Absicht, die französischen Kaufleute zu schädigen, hat bei der deutschen Regierung wohl nie bestanden. In Wirklichkeit ist es außerordentlich erfreulich, daß die Hindernisse für die wirtschaftlichen Beziehungen der Länder aus dem Wege geräumt sind. Es ist zu hoffen, daß die neuen Vereinbarungen, denen die deutsche Regierung vorbehaltlos zugestimmt hat, die reibungslose Abwicklung der geschäftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und den Entente-Ländern, insbesondere Frankreich, sicherstellen.

## Stimmen der französischen Presse

CC. Paris, 28. September.

Besonders mißvergnügt mit der Aufhebung ist das „Echo de Paris“, das erklärt, daß Frankreich nicht zugeben könne, es hätte seinen Willen durchgegeben. Denn das von ihm beantragte Veto sei nicht zugestanden worden. England habe zwar zugegeben, daß die alliierten Kommissare in den Ein- und Ausfuhrbüros Kenntnis von den ausgegebenen Ein- und Ausfuhrerlaubnissen nehmen, daß auch gewisse Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland verhängt werden könnten, aber irgendein Veto sei nicht zugestanden worden.

Vertinax hätte es gern gesehen, wenn man die Rheinostgrenze aufrechterhalten hätte. Wenn man die Sanktionen jetzt aufgehoben habe, so sei dies gesehen, weil man dem Ministerium Witzig am Tage des Reichstagszusammentritts ein Zeichen der Ermüdung geben wollte. Damit aber sei noch lange nicht gesagt, daß Deutschland ernstlich gewillt sei, seine Verpflichtungen zu erfüllen. Selbst wenn Loucheur und Rathenau am 5. und 6. Oktober zusammentreffen werden, so werde zwar eine Methode für die Naturalleistungen festgelegt werden, damit sie aber lange noch nicht gesagt, daß Deutschland den guten Willen habe, alles zu begablen. Man müsse sich darauf gefaßt machen, daß Deutschland, wenn das Abkommen abgeschlossen sein werde, den englischen und amerikanischen Streitenden erkläre, an ihrer Arbeitslosigkeit seien nur die deutschen Naturalleistungen schuld!

## Loucheur über Wiesbaden

Paris, 28. September.

Der Ausschuss für die besetzten Gebiete ist heute zusammengesetzt und hat die Mitteilungen Loucheurs über die Vereinbarungen von Wiesbaden entgegengenommen.

Loucheur hat die im Finanzauschuß vor einigen Tagen gemachten Erklärungen wiederholt. Er bemerkte dazu, daß die Franzosen das Recht der Waahl hätten, und daß sie nicht gezwungen seien, die von Deutschland eingeführten Kaufstoffe zu nehmen. Diese würden zum französischen Durchschnittspreis berechnet, der durch drei Personalkategorien, nämlich einem Franzosen, einem Deutschen und einem Dritten, der von dem Präsidenten der Schweiz bezeichnet werden würde, bestimmt werden. Dieser dritte Sachverständige soll jedoch nur vermitteln, falls sich Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden anderen ergeben sollten. Der Wert der gelieferten Kaufstoffe werde auf Reparationskonten gutgeschrieben werden. Eine Art Einkaufsbureau würde in Saint Quentin errichtet werden, wo alle Bestellungen von deutschen Waren zusammenlaufen sollen. Der Minister hofft, daß diese Vereinbarungen durch die deutsche Regierung zwischen dem 5. und 6. Oktober ratifiziert werden würden, und daß sie vor Monatsablauf in Kraft treten können.

## Die Kosten der Rheinlandbesetzung

Eine Denkschrift über die bis Ende 1921 entstandenen Kosten der Rheinlandbesetzung, die dem Reichstage zugeht, gibt umfassende Aufschlüsse über diese Art von Entenschöpfung. Die Kosten für diese Okkupation nehmen allmählich eine Gestalt an, die die deutsche Zahlungskraft und die Erfüllung der Bedingungen des Friedensvertrages ernstlich gefährden. Die Entente hat bis Ende März für ihre Besatzungshohe 3 936 854 542 Goldmark ausgelegt, dazu kommen 7 313 911 829 Papiermark, die Deutschland für die Unter-

haltung und Unterbringung der Truppen zahlen mußte. Die Denkschrift weist im einzelnen nach, welche hohen Ansprüche auf Quartier die Entente für ihre Truppen stellt. 120 000 Köpfe unterhält die Entente im Rheinland, davon Frankreich allein 85 000, ohne die Garnisonen rechts des Rheins (Sanktionstruppen). Ebenso anpruchsvoll wie das Militär ist die Rheinlandkommission. So verlangte Frankreich für zwei Mitglieder dieser Kommission nebst Personal 29 Zimmer. Ähnliche Ansprüche erhoben die übrigen Herren, wenn auch etwas bescheidener. So kostete uns diese hohe Kommission bis März d. J. 145 750 825 Mark. Zur Unterhaltung der Truppen hat Deutschland bis jetzt 3 167 307 049 M. gezahlt, wovon aber im einzelnen nicht, für welche Zwecke, denn die Entente detailliert ihre Forderungen nicht. Dazu kommen Requisitionen, Kosten für Soldatenheime, Vordelle, Kasernen, Exerzierplätze, Flugplätze, Ersatz der Einquartierungsstellen.

Es liegt nicht nur im Interesse Deutschlands, sondern auch im dem Interesse der Entente, diese Besatzungskosten zu vermindern. Sie beeinträchtigen ja nicht nur die deutsche Zahlungsfähigkeit, sondern züchten auch den Nationalismus.

Der Pariser Warenhausbrand. Die Zeitung des Printemps teilt mit, daß, da die Feuerabstufung in einem neuen Gebäude ausgebrochen sei und das alte Gebäude nicht berührt habe, der Betrieb des Warenhauses nicht gestört werde. Eine weitere Ausbreitung des Feuers sei nicht zu befürchten. Zwei Feuerwehrlöcher seien leicht vorrätig worden.

## Tarifserhöhung bei der Hochbahn

Wegen der Straßenbahn nur geringe Erhöhungen

Neben der Eisenbahn, die ihre Tarife bekanntlich um 30 Prozent erhöht, teilt jetzt auch die Hochbahn mit, daß sie ab 1. Oktober eine Erhöhung ihrer Fahrpreise vornimmt. In der 3. Klasse wird der Fahrpreis für die erste Zone (bis fünf Stationen) von 85 auf 90 Pfennig erhöht, während er für die ganze Strecke auf 1 Mark bestehen bleibt. In der 2. Klasse wird der Fahrpreis für die erste Zone mit 1,10 M. beibehalten, für die ganze Strecke aber von 1,20 Mark auf 1,30 Mark erhöht.

Mancherlei ist an dieser Mitteilung interessant. Die Erhöhung der Tarife bei der Hochbahn gilt nur für die allernächste Zeit. Die Geringfügigkeit der Erhöhung ist darauf zurückzuführen, daß die Straßenbahn überhaupt keine Erhöhung vornimmt. So hat also die Tatsache, daß der kommunalistische Betrieb der Straßenbahn aus eigener Kraft zur Genüge gelangt ist, jetzt bezeugt nach zwei Seiten hin günstige Wirkungen. Einmal zwingt er das privatkapitalistisch betriebene Unternehmen der Hochbahn, seine Tarife niedriger zu halten, als es in der ursprünglichen Absicht der Leitung lag, und zweitens entlastet er die städtischen Finanzen von dem bisher vorhandenen Fehlbeitrag.

Das sind zwei Erfolge, auf die die sozialistische Verwaltung Berlins mit Recht stolz sein kann. Sie zeigen, wie unbegründet die Vorwürfe der bürgerlichen Parteien gegen die sozialistische „Mißwirtschaft“ und wie falsch ihre Behauptung von der Unterlegenheit kommunalisierter Betriebe ist.

## Die städtischen Verkehrssteuern

Die Hoffnung des Berliner Magistrats, daß die neuen städtischen Verkehrssteuern, die Kraftfahrzeugsteuer, die Kraftfahrzeugsteuer und die Wagen- und Pferdesteuer zum 1. Oktober in Kraft treten werden, dürfte sich nicht erfüllen. Wie mitgeteilt wird, sind die Steuerentwürfe vom Oberpräsidium mit einem Gutachten der zuständigen Minister zur weiteren Prüfung übergeben worden. Ein wichtiges Wort hat auch das Landesfinanzamt nach der Richtung hin zu sprechen, ob die Steuern mit Reichs- und Staatssteuern oder -steuern in Widerspruch stehen. Bekannt ist, daß Reich und Staat bereits eine besondere Kraftwagensteuer erheben wollen; ehe diese Frage nicht von den Aufsichtsbehörden klar beantwortet ist, kann mit der Genehmigung der städtischen Steuern nicht gerechnet werden — sehr zum Schaden des Stadtsäckels, der die Millionenentzüge der Steuern dringend braucht.

So ist auch in diesem Fall die Ausübung der Aufsichtsbevollmächtigung durch die staatliche Verwaltung ein wesentlicher Hemmnis bei der von der städtischen Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung und des Magistrates angestrebten Gesundung der städtischen Finanzen.

## Provinzialkonferenz

für den Bezirksverband Berlin-Brandenburg und die Grenzmark in Berlin, Rathaus, Stadtverordnetenversammlungssaal, Sonnabend, 1. Oktober und Sonntag, 2. Oktober.

### Tagesordnung:

1. Die Aufgaben der Partei (Organisation, Agitation, Presse). Referent: Genosse Krille.
  2. Die politische Lage. Referent: Genosse Crispian.
- Beginn der Konferenz: Sonnabend, 1. Oktober, 7 1/2 Uhr abends. Jeder Distrikt (Berlin sowie Provinz) entsendet 3 Delegierte. Die Kosten trägt der Distrikt und nur in Ausnahmefällen die Zentralkasse. Zur Teilnahme sind weiter berechtigt alle Reichstags- und Landtagsabgeordnete des Bezirksverbandes. Wir bitten, zu dieser Konferenz Stellung zu nehmen und Delegierte zu wählen. (Mandate sind den Distriktsleitern zugehändelt, den Berliner Distrikten ebenfalls Gastkarten.) Wir bitten gleichzeitig die Berliner Delegierten, soweit es möglich ist, Delegierte aus der Provinz für die Nacht vom Sonnabend zum Sonntag in Quartier zu nehmen. (Meldungen hierfür Sonnabend abend vor Beginn der Konferenz beim Genossen Müller.) Bezirksverband Berlin-Brandenburg, U. S. P. D.

## Proletarische Kindergärten

Die „Vereinigung proletarischer Kinderfreunde“ beabsichtigt, nach dem 1. Oktober in den Bezirken 8 und 14 mit der Einrichtung proletarischer Kindergärten zu beginnen. In Gemeinschaft mit der Bezirksverwaltung soll zu gleicher Zeit mit der praktischen und theoretischen Arbeit begonnen werden. Proletarierinnen (junge Mädchen und Mütter), die die Notwendigkeit dieser Bestrebungen erkannt haben und gewillt sind, mitzuarbeiten, sollen in Ruzen mit dem nötigen theoretischen und praktischen Rüstzeug ausgerüstet werden. Die Aufsicht über die „Kunst in der Photographie“.

## Gebt ihr Dypau!

Spendenannahme: Alle Reichsbankankassen

alle Banken, alle Postanstalten

Postkonten: Ludwigshafen Nr. 15 000

Frankfurt a. M. Nr. 55 000, Berlin Nr. 117 000

### Geschäftsstelle

des Reichsbühnenausschusses für Dypau

Reichsarchivministerium Berlin

Scharnhorststr. 35

Sturmflut oder ein Lawineneis. Aber auch alle Sommerfröhler verpöchten nach der Abreise der Persönlichkeit das Jagensteine ihres Witzens. Denn auf dem Sieb des Aborts des kleinen Goldhofs und an dem unschuldigen Kreuzweg an der gesellschaftlichen Westseite, da lebte ein Hakenkreuz.

Erna Böling.

Metropol. („Die Strahlenjägerin“). Mit unerschütterlicher Komik erschütterte Guido Dieckhoff im Wande mit Leonhard Gastel bis zum Nachtschlaf das ganze Haus. Wackere Karikaturen als diese beiden Originaltypen in der Rolle zweier urberlinischer Dienstmänneremplye kann man sich nicht vorstellen. Die Handlung von August Reibhardt und Lo Portem (des den Namen von hinten und verziehe darunter Friedmann Freberich) hat ihnen die tollsten Situationen. In der Verquickung von Situation und Geste lag ein Glanz so ursprünglichen Lebens (aus der scharfen Perspektive des Witzes gesehen), daß man ganze Szenen lang aus dem unplatzierten Genre von Kirch, Sentimentalität und Sentation emporgeschrien wurde. Aber das musikalische Opernoperettengemisch Leo Falls ist Sacharin, wo man nach Pfeffer verlangt, und wirkt um so peinlicher, als es ein gelangliches Niveau voraussetzt, dem selbst die ersten Kräfte des Metropoltheaters (mit Ausnahme Albert Ruhners) nicht gewachsen sind.

Otto Kraß, der Operettensapellmeister! Es ist heute noch nicht aufgetaucht, wie er auf den Dirigentenposten der Berliner Staatsoper kam. Er zeigte sich musikalisch tüchtig (außerordentlich begabt) und hatte sich als Kenner den sorgsam gehüteten Posten auf irgendeine gewisse Art erobert. Das spricht nicht gegen ihn, wenn auch nicht gerade für den Verwaltungsapparat an der Staatsoper. Als letzte übertragende Leistung hörte ich von ihm die Begleitung des Mendelssohnischen Violinkonzertes mit den Hölzharmonikern in der Singakademie; dann erinnere ich mich nur noch auf zwei liebreich herunterdrückte Opern, in denen Orchester und Solisten jedesmal in heiligste Verlegenheit getrieben wurden. Jetzt hat ihm die goldene Operettensapellmeister den letzten Faden von Gehörnung geraubt, und er schwingt den Taftstock mit Schmelz im Balatareiß der Soufrette. F. W.

Pädagogische Tagungen in Berlin-Sanktmitz (vom 30. September bis 3. Oktober). Man mag über den Wert von Tagungen jeder Art sehr verschieden denken; man kann überzeugt sein, daß sie der Gefahr der Verflüchtigung zeitlich Vorüber sein; schließlich wird man sie mindestens als notwendige Wechel gelten lassen. Ihr positiver Wert wird am härtesten nach der gemeinschaftlichen und gemeinschaftsfördernden Seite liegen. Das gilt vor allem, wo es sich um die Zusammenkunft von kleineren Gruppen handelt, von solchen, wo sonst jeder einzelne in seiner Arbeit isoliert steht, von seiner Umgebung isoliert oder mißtrauisch betrachtet. So scheint mir auch der Hauptwert der beiden pädagogischen Tagungen dieser und der nächsten Woche in jenem Zusammenfluß und der gegenseitigen Aussprache der Wenigen zu liegen, die für neue Ideen kämpfen. Denn darüber mag man sich keinerlei Illusionen hegen: wahre Schulreform, vor allem aber

Erziehung zur Völkerverständigung und Völkerverständigung ist bei denen, die es sozial angeht — und das heißt alle —, vielfach höchst unpopulär. Der „Bund entschiedener Schulreformer“ wird diesmal über „Frauenbildung und Wirtschaftsreform“ verhandeln. Er ist sich dabei klar, daß, wenn auch Reorganisation keine Programmforderung bleibt, die keine gesonderte „männliche und weibliche Erziehung“ kennt, doch nur aus dem Heute sich das Morgen gestalten kann, und daß nirgends Rückständigkeit und Unklarheit härter sind als auf dem Gebiet der Frauenbildung, nirgends auch deutlicher zutage tritt, daß erst die wirtschaftliche Befreiung der Frau auch ihre geistige und seelische Freiheit bringen kann. Eng verknüpft mit dieser Lagung ist die der pädagogischen Lehrer und Erzieher. „Völkerverständigung durch Erziehung“, die Friedrich Wilhelm Förster einleitend wird mit einem Vortrag über die Hauptgesichtspunkte für die politische Erziehung der deutschen Jugend. Antonie Wäfl, M. d. R., wird über Artikel 148 der Verfassung, Siegfried Kawerau über Erziehung zur Völkerverständigung und Geschichtsunterricht reden, Lydia Stöcker über Erziehung zur Völkerverständigung und Frauenwelt. L. St.

Die bayerische Seele locht auch in Wien. Dort hat auf der Messe „Der Maler-Verlag“ Zeichnungen von George Grosz ausgestellt, was die benachbarten bayerischen Verleger, die auch ausstellten, so in Harnisch brachte, daß sie die Entfernung der Bilder bei der Messeleitung durchsetzten. Erst dem Eingreifen unserer österreichischen Genossen gelang es, diese politische Maßregelung wieder rückgängig zu machen. Nun hängen die glänzenden Karikaturen wieder an Ort und Stelle, und belächelt erkennen die bayerischen Nachbarn in den Portraits von Grosz ihr eigenes, bayerisches Antlitz wieder.

## Tages-Notizen

Ausstellung einer Gewerkschaft. Freitag, 5. Uhr, wird im Saal 3 des Gewerkschaftshauses die Ausstellung von photographischen Bildern, die Arbeiter der Zeit sind, eröffnet. Die Ausstellung ist geöffnet: Freitag von 6-8, Sonnabend von 4-8, Sonntag von 10-4 Uhr. Sonntag, 11. Uhr, heißt Dorette über die „Kunst in der Photographie“.

Kollektionsgemein Berlin-Reinholdsdorf. Sonnabend, 6. Uhr, in der Jugendhalle, Reinholdsdorf (Grenz), eine Nationaltheater-Vorstellung für Erwachsene und Kinder. Für Kinder 75 Pf., für Erwachsene 1,20 M.

Theater. Das bayerische Hoftheater wird Sonnabend als Theater des Tages, unter der neuen Direktion Leopold Saenger mit der Aufführung eines Volksstücks „Das Bild der kleinen Leise“ eröffnet. — Volkoperette Mahalla-Theater: Sonnabend um 11 Uhr: Die Gassen von Constantin. — Das „Strohe Haus“ des Schillertheaters: Siegfried wird Sonntag mittags mit einem Orchesterkonzert unter Leo Dieckhoff eröffnet.

Stiftung an der Volkshochschule Groß-Berlin. Der letzten erschienenen Verzeichnis der Volkshochschule Groß-Berlin für die Ost- und West-Verände enthält eine große Anzahl von Namen und Arbeitsgemeinschaften aus allen Gebieten der Stadt. Insbesondere beachtenswert ist der Abw. und Gewerkschaft sowie der Hausfrauen, aber auch die Instrumentalmusik, die Oper, sowie Theater, Formale und Normale des Kommen zu ihrem Recht. Daneben finden sich weitere Verzeichnisse der Volkshochschule und musikalische Aufführungen. Alles Nähere geht aus den Hinweisen und Arbeitsplänen hervor, die in den Verzeichnissen, ferner bei den meisten Vereinen, sowie in der Geschäftsstelle der Volkshochschule Groß-Berlin, S. 7, Georgenstr. 14-16, zu haben sind.

